An den Ministerpräsidenten der Landes NRW Herrn Armin Laschet Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, Herrn Prof. Dr. Andreas Pinkwart

An die MinisterInnen der anderen Ressorts

An das
Land Nordrhein-Westfalen
Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
ministerpraesident@stk.nrw.de
nrwdirekt@nrw.de
poststelle@im.nrw.de
poststelle@mwide.nrw.de

An alle AbgeordnetInnen des Landes NRW email@landtag.nrw.de

VERNUNFTKRAFT.NRW e.V.
Vorsitzender Heiner Brinkmann
Sprecher Münsterland Prof.Dr. Werner Mathys
Bekscher Berg 57
33100 Paderborn
verein@vernunftkraft-nrw.org
Dr.Werner.Mathys@t-online.de

28.05.2020

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Laschet, sehr geehrter Herr Minister Prof.Dr. Pinkwart, sehr geehrte Damen und Herren!

Die schon seit Monaten bundesweit geführte Debatte um eine einheitliche Abstandsregelung von Windkraftanlagen zu Wohnhäusern soll durch einem Minimalkonsens von 1000 m maximalen Abstand beendet werden.

Nach unseren Informationen bestehen in NRW, das sich gerade erst für eine 1500 m Regelung entschieden hatte, nun Bestrebungen die zum Schutz der Bürger völlig unzureichenden 1000 m noch unterschreiten zu wollen.

Dies hat die Bürgerinitiativen für eine vernünftige Energiepolitik veranlasst, das folgende Statement zu veröffentlichen.

Mit der Hoffnung, dass in NRW die Vernunft und die Fürsorge für den Bürger obsiegt,

Heinrich Brinkmann Werner Mathys

Statement des Landesverbandes Vernunftkraft.NRW e.V. zur Abstandsregelung bei Windkraftanlagen – 28.05.2020



Die von uns als menschenverachtend empfundenen Überlegungen, den schon völlig unzureichenden Abstand von 1000 m von WEA zu Wohnhäusern noch weiter zu vermindern, müssen als arrogant und als Politik der Gewalt insbesondere gegenüber der Landbevölkerung angesehen werden.

Dafür erwarten Sie noch Akzeptanz? Akzeptanz wofür denn?

- Akzeptanz für die tiefe und immer weiter gehende Spaltung der Gesellschaft
 juste milieu der Städte gegen dumme Landbevölkerung?
- Akzeptanz für den unwiederbringlichen Verlust von Natur, Landschaft und Heimat?
- Akzeptanz für massive Gesundheitsgefährdungen, die der Landbevölkerung in unverantwortbarer Weise zugemutet werden?
- Akzeptanz für die Brosamen, die man Anliegern anbieten will, welche z.B. die Immobilienverluste von Objekten in der Nähe von WEA nicht annähernd kompensieren können?
- Akzeptanz für ein System, das dem globalen Klima nicht nutzt?
- Akzeptanz für ein System, das Deutschland importabhängig für Strom macht und keine gesicherte Versorgung leisten kann?
- Akzeptanz dafür, dass gerade ein Rekordwert beim Windrad-Abregeln in SH erreicht wurde- Phantomstrom kostete 380 Millionen Euro – und jedes weitere Windrad den Überschuss weiter erhöht?
- Akzeptanz für eine Technik, die durch Photovoltaik weitestgehend substituiert werden kann, wie das letzte Gutachten des Fraunhofer-Institut ISE, Freiburg, zeigt?
- Akzeptanz für eine Technik, die so schwerwiegende Schäden an der natürlichen Umwelt verursacht, dass das BfN (Bundesamt für Naturschutz) empfiehlt, deshalb vermehrt auf Photovoltaik zu setzen?
- Akzeptanz für ein System, das gegen die Staatszielbestimmung in Art 20a GG verstößt und verfassungswidrig ist?
- Akzeptanz für die Privilegierung einiger Weniger zu Lasten der Allgemeinheit?
- Akzeptanz dafür, ein extrem teures nationales System ohne Rücksicht auf die derzeitige bedrückende wirtschaftliche Lage mit brachialer Gewalt weiter künstlich am Leben zu halten?
- Akzeptanz für ein System, das immer höhere Strompreise verursacht und Bürger und Wirtschaft schwächt und vor allem die sozial schwachen Bevölkerungsschichten benachteiligt?

- Akzeptanz für ein allen Regeln der Marktwirtschaft widersprechendem System, das bei fallender Strom-Nachfrage zu Preissteigerungen führt?
- Akzeptanz für eine gierige egoistische Lobby, die keine Grenzen und keine Rücksichten mehr kennt?
- Akzeptanz für den Kniefall der Politik vor einer lautstarken realitätsfremden Ideologie?
- Akzeptanz dafür, dass Wahlversprechen nicht eingehalten werden?
- Akzeptanz dafür, dass der Bürger für dumm gehalten wird?

Sind wir – die Landbevölkerung oder Bürger außerhalb der Stadtzentren – Menschen Zweiter Klasse? Die sogenannten urbanen Eliten, kokonartig eingehüllt in ihrem städtischen Umfeld, selbst weit entfernt von den Auswirkungen der Windkraft, glauben ihr grünes Gewissen durch Forderung nach weiterem Ausbau von WEA erleichtern zu können. Die Landbevölkerung muss die reale Umsetzung vor ihrer Tür, in den schönsten Naturgebieten und unter erheblichen finanziellen und gesundheitlichen Einbußen ertragen. Die Grundlagen für ihre Entscheidung, außerhalb der Zentren zu wohnen, werden mit Füßen getreten. Dies ist eine folgenschwere inakzeptable Diskriminierung von Minderheiten, die in besonderem Maße des Schutzes durch den Staat bedürfen.

Da effektive Speichermöglichkeiten in absehbarer Zukunft nicht und schon gar nicht bezahlbar zur Verfügung stehen werden, beschleunigt jedes weitere Windrad den Eintritt in die schon beginnende Ära des Überschussstroms mit negativen Preisen, die auch für Windradbetreiber zunehmend die Frage nach der Wirtschaftlichkeit stellt. Die Ökorevolution frisst ihre eigenen Kinder. Die so hoch gelobte lokale Wertschöpfung dient in der Realität nur Wenigen. Egal ob durch externe oder lokale Projektierer – alles ist nur durch ein ganzes Geflecht von direkten und indirekten Subventionen möglich, welche die Allgemeinheit – also wir Bürger - bezahlen müssen, entweder direkt über die EEG Zulage oder versteckt an anderen Stellen des Haushaltes. Es ist damit ein Weg, der die notwendige Solidarität mit der gegenwärtigen Corona-Krise absolut vermissen lässt.

Ca. 500 Milliarden Schaden haben Influenza und AIDS weltweit verursacht. Die Corona-Epidemie wird ein Vielfaches dieser Summe kosten – ein Ereignis von noch nie dagewesener Dimension. Und trotzdem will die Politik unbeirrt weiter machen wie bisher? Business as usual? Einseitige Förderung nur bestimmter Techniken, Verlust von Innovation, Verlust von Bürger-Vermögen - wie wollen Sie das wohl ihren Bürgern erklären?

Die Covid19 Epidemie mit ihren erschreckenden wirtschaftlichen Folgen für alle wäre eine gute Gelegenheit, die Weiterführung der milliardenschweren Subventions-Planwirtschaft zu überdenken und klimarelevante Konzepte zu verwirklichen, die nicht nur effizienter sind, sondern darüber hinaus nur einen Bruchteil der jetzigen Maßnahmen kosten – das Europäische Zertifikatesystem.

Schon heute: Mehr als 25 Milliarden jährlich für die stark wachsende EEG-Umlage, 20 Jahre garantierter Einspeisevergütung, Einspeisevorrang, Millionen für nicht

gelieferten Strom, Milliarden für Eingriffe in die Netzstabilität, Entsorgung von 50% des Windstroms ins Ausland, oft sogar nur gegen Bezahlung. Im Monat April 2020 hat jedes einzelne Windrad in Deutschland einen volkswirtschaftlichen Schaden von ca. 86.000.-€ verursacht! Und welche Kosten werden in den nächsten Jahrzehnten entstehen? Unsummen für ein System, das weder eine regelbare, gesicherte und bezahlbare Stromversorgung gewährleisten kann, noch nennenswert zur Bewältigung der globalen Klimaentwicklung beiträgt.

Wären die vielen Milliarden nicht besser angelegt im Gesundheitswesen, für die Pflege, für die Betreuung der Älteren, für die Bildung, für Polizei und alle, die in der Not helfen, und die eine unglaubliche Leistung erbringen, oder für die Sicherung der Versorgung durch die lokale Landwirtschaft und die Stabilisierung des Mittelstandes? Der "Welpenschutz" für die EE muss beendet werden. Er ist nicht mehr zeitgemäß.

Um der Wirtschaft, besonders dem Mittelstand, wieder auf die Beine zu helfen, sind niedrige Energiekosten überlebensentscheidend und unverzichtbar. Deutschland hat wegen seiner planwirtschaftlichen subventionsgesteuerten Energiepolitik aber die höchsten Strompreise weltweit. Wir müssen schmerzhaft feststellen, dass man Geld nur einmal ausgeben kann und wir die Verpflichtung haben, immer die effizienteste und kostengünstigste Variante unter Einbeziehung aller Systemvariablen zu wählen. Es erscheint ethisch unvertretbar und absolut unsolidarisch, einige Wenige sich auf Kosten der Allgemeinheit durch Bau von Windkraftanlagen bereichern zu lassen, wenn gleichzeitig viele Selbständige vor den Scherben ihrer Existenz stehen, Massenarbeitslosigkeit droht und Hunderte Milliarden in Unterstützungsmaßnahmen gesteckt werden müssen, ganz zu schweigen von den internationalen Verpflichtungen.

Wir müssen erkennen, dass die politischen Prioritäten in der Vergangenheit falsch gesetzt waren, was zu einer bitteren Vernachlässigung wirklich systemrelevanter Bereiche geführt hat. Dies muss jetzt geändert werden.

In der kommenden Wahl im September haben wir Bürger Gelegenheit, die Weichen zumindest lokal anders zu stellen. Wir werden diese Gelegenheit nutzen. Wenn die Nöte der Landbevölkerung weiter nicht ernst genommen werden, ist zu erwarten, dass sie sich Gruppierungen zuwenden wird, die ihr Anliegen unterstützen.

Wir appellieren dringend an alle Landespolitiker, sich zumindest allen Bestrebungen der Aufweichung der 1000 m Abstandsregel vehement zu widersetzen.

Dieses absolute Minimal-Zugeständnis müssen wir Bürger Ihnen doch wohl wert sein!

Dipl.-Ing. Heinrich Brinkmann, Paderborn, verein@vernunftkraft.nrw.org Prof.Dr. Werner Mathys, Greven, Dr.Werner.Mathys@t-online.de

28.05.2020